



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

OD/X/13 - 15. 7. 1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

O S T - D I E N S T

Einweise auf
den Inhalt:

Neue Etappe der Entstalinisierung?	Seite 1
Fenckow drosselt Interzonenverkehr	Seite 4
SPD-Ostbüro stellt SED-Lügen richtig	Seite 6

Der 20. Parteitag der KPdSU

OS. Die kurze Meldung aus Moskau, wonach die sowjetische Parteiführung beabsichtigt, den 20. Parteitag der KPdSU einzuberufen, ist in vielfacher Hinsicht bedeutungsvoll. Der 19. Parteitag fand im Oktober 1952, wenige Monate vor Stalins Tod, statt. Selten in der Geschichte der Sowjetunion sind in so kurzer Zeit so weittragende Veränderungen erfolgt, wie in den 33 Monaten, die seit dem letzten Parteitag verfloßen sind. Die Beseitigung des Führerkults und die Proklamierung des Prinzips der kollektiven Führung (seit dem 7. Juni 1954 wurden die Namen der Parteiführer nur noch in alphabetischer Reihenfolge veröffentlicht), die starke Betonung der Gleichberechtigung der Völker der Sowjetunion (im Unterschied zu Stalins These des "führenden russischen Volkes" und seiner Russifizierungspolitik), die Minderung der Macht des Staatssicherheitsdienstes und die Erschießung wichtiger Repräsentanten dieses Apparates, eine gewisse Lockerung auf dem Gebiete der Literatur und Musik, die Abkehr von Stalins Prunkarchitektur, eine beginnende Revision in der Darstellung der Geschichte der KPdSU, der Abbau zentraler Behörden und die Dezentralisierung in der Wirtschaftsleitung (einschließlich der Übergabe von mehr als 24 000 zentralgeleiteten Betrieben in die Ver-

15. 7. 1955

waltung der einzelnen Unionsrepubliken), die Verleihung von Orden an alte Bolschewiki, die unter Stalin aus dem öffentlichen Leben verdrängt waren - das sind einige der Maßnahmen, die unter Stalin undenkbar gewesen wären.

Gleichzeitig mit diesem Prozeß der Entstalinisierung wurden jene Personen in den Hintergrund gedrängt, die besonders eng mit Stalin liiert bzw. als führende Funktionäre des Staatssicherheitsdienstes dem Volke besonders verhaßt waren. Der Chef der Privatkanzlei Stalins, PROSKREBYSCHEW, und der Sohn Stalins sind in der Versenkung verschwunden. RUMIN, der Chef der Untersuchungsabteilung des MWD, wurde verhaftet. BAGIROW, der erste Sekretär der KP Aserbaidshans, als Einpeitscher der Russifizierung bekannt, verlor seinen Posten. BERTJA, einer der mächtigsten Männer nach Stalins Tod und langjähriger Innenminister der UdSSR wurde als "Agent" verurteilt und erschossen.

Es wird zweifellos die Aufgabe des Parteitages sein, diese Veränderungen zu legalisieren und "partei-offiziell" zu machen. Damit dürfte jedoch die Aufgabenstellung des Parteitages nicht erschöpft sein. Es gibt Anzeichen über Vorbereitungen für ein neues Parteistatut, und damit für eine Neuordnung der Beziehungen der kommunistischen Satellitenparteien zur KPdSU. Die Ankündigung, daß die jugoslawische Frage auf dem Parteitag behandelt wird, läßt die Vermutung zu, daß die sowjetischen Parteiführer diese Frage nicht nur auf das Gebiet der Außenpolitik beschränken, sondern vielleicht sogar ideologische Fragen behandeln wollen. In diesem Zusammenhang würde auch das vor einigen Monaten herausgegebene Lehrbuch der Politischen Ökonomie und die kürzlich stattgefundenene Philosophie-Diskussion gehören, die die Aufgabe hatte, ein neues Lehrbuch "Historischer Materialismus" zu schaffen. Es ist daher durchaus möglich, daß auf dem Parteitag der Versuch unternommen werden könnte, die Veränderungen nach Stalins Tod ideologisch zu begründen, vielleicht auch Hinweise für weitere ideologische Veränderungen zu geben.

Auf politisch-organisatorischem Gebiet dürfte auf diesem Parteitag das Prinzip der kollektiven Führung besonders herausgestellt werden. Die sowjetischen Parteiführer werden sicher daran interessiert sein, erneut ihren Willen zu dokumentieren, keinen "Woshoj" mit seinem privaten Apparat und seiner Privatkanzlei wieder aufkommen zu lassen.

SPD-Pressedienst
OD/X/13

15. 7. 1955

Das kommt auch darin zum Ausdruck, daß gleichzeitig mit der Mitteilung über die Einberufung des 20. Parteitages die Erweiterung des Politbüros durch KRITSCHENKO und SUSLOW sowie die Erweiterung des Sekretariats des ZK bekanntgegeben worden ist.

Das Sekretariat des ZK, jenes Instrument, mit dem Stalin sich zum absoluten Herrscher der Partei und des Staates machte, das unter Stalins Herrschaft eine außerordentlich große Rolle spielte, war in den letzten Monaten nur teilweise besetzt. Ihm gehörten nur CHERUSCHTSCHOW (als 1. Sekretär), SUSLOW und der Parteitheoretiker POSPELOW an. Nun sind der Prawda-Chefredakteur SCHEPILOW, sowie ARISTOW und BELJAJEW hinzugekommen. Die Zusammensetzung dürfte als Zeichen dafür zu werten sein, daß dieses Organ nicht mehr die Rolle eines Königmachers hinter der Kulisse spielen soll, wie es zu Zeiten Stalins der Fall war. Die Meldung zur Einberufung des 20. Parteitages der KPdSU ist auch aus einem anderen Grunde interessant. Während zwischen dem 18. Parteitag (Frühjahr 1939) und dem 19. Parteitag (Oktober 1952), den beiden letzten Parteitagen der Stalin-Ära eine Pause von 13 Jahren lag, ist die jetzige Einberufung des 20. Parteitages nur 2½ Jahre nach dem 19. erfolgt. Dies dürfte als Zeichen dafür angesehen werden, daß die nachstalinische Parteiführung bestrebt ist, die Parteitage wieder regelmäßig einzuberufen und die Rolle der Parteitage wieder zu heben.

In der letzten Zeit ist über die Tragweite und die Bedeutung der Veränderungen nach Stalins Tod viel diskutiert worden. Es gibt manche Illusionen über das Ausmaß der tatsächlichen Substanzveränderungen im sowjetischen Gefüge und Spekulationen über die sich daraus ergebenden innen- und außenpolitischen Konsequenzen. Bisher hat sich am grundsätzlichen Charakter des sowjetischen Diktaturregimes noch nichts geändert. Der Entstalinisierungsprozeß ist ein sehr langwieriger Prozeß und wird lange, sehr lange dauern. Der 20. Parteitag wird nicht alle anstehenden Fragen beantworten. Er wird jedoch eine gewichtige Etappe darstellen und dazu beitragen, sich ein genaueres Bild über das Ausmaß des Entwicklungsprozesses zu machen. Dabei wird es auch möglich sein, die Tragweite jener Veränderungen zu ermessen, die nach Stalins Tod im sowjetischen Machtbereich erfolgt sind.

+ + +

SPD-Pressedienst
OD/X/13

15. 7. 1955

Ulbricht will Türen zuschlagen

OD. In der "Volkspolizei-Kreisämtern" (VPKA) und anderen Dienststellen, die sich in der Zone mit der Ausgabe von Ein- und Ausreisegenehmigungen befassen, ist in diesen Tagen der Teufel los. Die Uniformierten, denen niemand besondere Höflichkeit nachrühmen kann, sind - soweit dies überhaupt noch möglich ist - noch abweisender, unnahbarer als früher geworden. Der Reiseverkehr aus und nach der Sowjetzone beginnt, an diesen Behördenschranken aufgestaut zu werden, verliert die Flüssigkeit, die er seit der Aufhebung des Interzonenpaßzwanges hatte.

Schon bei der Abschaffung des Interzonenpaßwesens hat sich die Sowjetzone durch einen Erlass des Innenministerium (WdI) ein Ventil geschaffen, das es der Regierung zu allen Zeiten erlaubte, den Interzonenreiseverkehr unter Kontrolle zu halten. Sowjetzonenbewohner, die in die Bundesrepublik wollen, müssen nach dieser Bestimmung ihren Personalausweis abgeben und erhalten dafür eine Personalbescheinigung, die zum Überschreiten der Zonengrenze berechtigt. Besucher aus der Bundesrepublik brauchen aber nach wie vor eine "Aufenthaltsurlaubnis", ohne die es keine Einreise gibt.

Dieses Ventil ist schon seit 1953 langsam aber stetig zugeschraubt worden. Die SPD hat ein Verbot durchgesetzt, das die Ausstellung einer Personalbescheinigung an Mitglieder und Angestellte der Regierung, Parteigremien und gewisser "Schwerpunktbetriebe" faktisch ausschloß, es sei denn, eine Sondergenehmigung der Kaderabteilung des ZK wird erbracht. Jetzt allerdings ist man plötzlich rigorosser geworden. In einem Augenblick, in dem die Welt von Entspannung redet und ihre Hoffnungen auf einen erfolgreichen Verlauf der Genfer Konferenz setzt, will Ulbricht vollendete Tatsachen schaffen.

Im Reigen der Beschränkungen machte die Anweisung den Auftakt, daß Jugendliche in wehrfähigem Alter keine Personalbescheinigung mehr erhalten sollen und am Verlassen der Zone gehindert werden müssen. Belegschaften immer neuer Betriebe werden ebenfalls von den neuen Aus-

SPD-Pressedienst
OD/X/13

15. 7. 1955

reiseverboten betroffen wie Wissenschaftler. Daß Angehörige der VP ihren Urlaub nicht im Westen verbringen dürfen, ist selbstverständlich, aber es gibt auch Anzeichen dafür, daß längst entlassene Vopos, die man bei der SED als eine Art "Reservisten" ansieht, nicht mehr die Zonengrenze passieren dürfen.

Ähnlich liegen die Bestimmungen für Einreisegenehmigungen, also für die sogenannten "Aufenthaltsgenehmigungen". Auch hier Einschränkungen über Einschränkungen, wobei man vor allem die Angehörigen solcher Familien erfaßt zu haben scheint, die als unsichere Kartonisten zu gelten haben. Mit besonderer Schärfe geht man dabei gegen Westberliner vor, die sich bei entsprechenden Dienststellen im Osten der Stadt ihre Aufenthaltsgenehmigungen gegen Westmarkgebühren selbst beschaffen müssen. Hier wird der Abriegelungscharakter der SED-Maßnahmen am deutlichsten. Eine einzige Schreibkraft muß sämtliche Eingänge erledigen, wodurch schon rein technisch Verzögerungen um mehrere Wochen eintreten. Damit nicht genug, werden die meisten Anträge abgelehnt. Einer Frau, deren Bruder in der Zone verstorben ist, wurde zynisch erklärt: "Was wollen sie denn? Sie können ihm doch nicht mehr helfen. Einen Kranz können Sie auch später mal hinbringen. - Der nächste bitte!"

Bei dieser Abschnürungskampagne gibt es nichts zufälliges, weder im Zeitpunkt noch in der Art, in der sie durchgeführt wird. Die SED-Führung unter Ulbricht, die ihren Teil zum Scheitern der internationalen Verständigungsversuche aus nacktem Selbsterhaltungstrieb beitragen will, möchte den "Eisernen Vorhang", der 1953 durch den Juniaufstand und die internationalen Bemühungen ein Stück gelüftet wurde, wieder dicht machen. Nicht mit einem Knall - denn das läge nicht in der augenblicklichen Linie der Sowjetpolitik - sondern Zentimeter um Zentimeter soll er zugeschoben werden, bis die vollendete Tatsache der faktischen Absperrung erneut geschaffen ist. Darum und um nichts anderes geht es diesen Spaltern dabei, wenngleich die Möglichkeit zur Verschleierung der augenblicklichen Ernährungs- und Wirtschaftskrise auch ein Aspekt ist, der für die SED eine verschärfte Abschnürung der Zone angenehm macht.

SPD-Pressedienst
OD/X/13

15. 7. 1955

In eigener Sache

OD. Wieder einmal hat die SED durch ihr Zentralorgan "Neues Deutschland" die Auflösung des Ostbüros der SPD gefordert. Das geschah wie üblich unter Anwendung der diffamierenden Behauptung, das Ostbüro sei identisch mit "Agentenzentralen", die es in Westberlin und der Bundesrepublik gebe.

An und für sich ist dieses SED-Manöver zu abgeschmackt, als daß man ihm besondere Bedeutung zumessen sollte. Aber wenn heute gerade im Westen ein größeres Interesse sich solchen Unternehmungen zuwendet, so stellt die von der SED konstruierte Verbindung des Ostbüros der SPD mit jenen Organisationen den Versuch dar, den sozialdemokratischen Widerstandskampf in der Zone zu treffen.

Natürlich hat die SED allen Grund dazu, gerade heute wieder ihren Kampf gegen die Tätigkeit des Ostbüros der SPD zu konzentrieren. Dem Ostbüro als dem politischen Instrument des Parteiverstandes der SPD sind nämlich besonders in letzter Zeit weit sichtbare Erfolge zugefallen, die von der SED irgendwie neutralisiert werden müssen, weil sie nicht den letzten Rest ihres Einflusses in den Betrieben verlieren.

Hauptaufgabe des Ostbüros der SPD ist die Aufklärung der Zonenbevölkerung über die wirklichen Vorgänge in der deutschen und internationalen Politik, die von der SED durch ihre monopolisierte Presse, durch Nachrichtensperre und Störsender geheimgehalten werden sollen. Das geschieht durch eine Vielzahl illegaler Zeitungen, durch Flugblätter und andere Mittel der politischen Arbeit, die in jeder Demokratie völlig legal sind, vom Diktaturregime Parkows jedoch als "Verbrechen" abgestempelt werden. Darüber hinaus hat das Ostbüro seinen Anteil an der Aufklärung im Westen über die Zustände in der Sowjetzone.

Da die SED den Nachweis nicht erbringen kann, daß das Ostbüro eine "Agentenorganisation" sei, versucht der sogenannte Staatssicherheitsdienst der Zonenrepublik, solche "Nachweise" durch Provokateure zu schaffen. So schickte man den Provokateur Karl-Joachim LEBMANN aus

15. 7. 1955

Senftenberg und den Agenten Fritz BARCK aus Frankfurt/Oder, die sich erboten, "im Namen" des Ostbüros Sabotageakte zu verüben. Diese Elemente wurden entlarvt bzw. der westberliner Polizei übergeben.

Wenn heute die Lüge über Agenten, Provokateure und Diversanten wieder aufgewärmt wird, so geschieht das einzig und allein deswegen, weil es der SED nicht gelungen ist, die Tätigkeit des Ostbüros in der Zone zu unterbinden. Im Gegenteil, die politische Arbeit der Sozialdemokratie in der Zone ist zu einem bedrohlichen Faktor für die Machthaber in Pankow geworden. Diese Tatsache zwingt die SED, mit neuen Verleumdungsfeldzügen und propagandistischen Forderungen aktiv zu werden. Auf die Arbeiter der Zone wird das, dessen sind wir überzeugt, wenig Eindruck machen. Sie werden daraus ihre eigenen Schlußfolgerungen ziehen. Diese Schlußfolgerungen werden auf der Linie liegen, daß die ganze Schwäche des Ulbricht-Regimes noch sichtbarer wird.

Es bleibt lediglich zu hoffen, daß aus diesen klaren Tatbeständen auch jene Politiker im Westen einige Konsequenzen ziehen, die wohl aus Mangel an greifbaren Objekten immer wieder die Zonenbevölkerung als Kronzeugen für die "Richtigkeit" ihrer Politik heranziehen, wobei sie behaupten, der politische Einfluß der Sozialdemokratie in der Zone sei tot. Wäre er es, die SED würde nicht ihre Kräfte mobilisieren, um gerade gegen ihn zu Felde zu ziehen.

+ - +

Verantwortlich: Stefan THOMAS